



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Stellv. Vorsitzender des Sportausschusses

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75636

✉ (030) 227 – 76754

✉ joachim.guenther@bundestag.de

Pressemitteilung

Gespräche im Bundesministerium zum Thema Stadtentwicklung

Abrissförderung wichtig für Entwicklung Mitteldeutschlands

Die Abrissförderung dürfe nicht zurück gefahren werden. Sie sei – gerade auch in Mitteldeutschland, wo derzeit 1 Million Wohnungen leer stehen – wichtige Voraussetzung für eine kontinuierliche Stadtentwicklung. Entsprechend appellierte Hellfried Unglaub, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) und Mitglied des Präsidiums des GdW-Verbandsrates, jetzt an Jan Mücke, den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Unglaub verfügt als Geschäftsführer der Plauerer Wohnungsbaugesellschaft (WbG) über ganz praktische Erfahrungen in Sachen Stadtumbau. Während des Gespräches mit Jan Mücke, an dem außerdem Stefan Weber, der Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank, und der vogtländische FDP-Bundestagsabgeordnete Joachim Günther teilnahmen, wurde auch die Altschuldenhilfe angesprochen. Die z. B. auf DDR-Bauten liegenden Altschulden werden beim Stadtumbau zunehmend zum Hemmschuh, teilt Joachim Günther mit. Er hat in den vergangenen Jahren viele Gespräche mit privaten und genossenschaftlichen Wohngebäudeeigentümern geführt, die wegen der Altschulden den unumgänglichen Abriss ihrer Häuser scheuen. Das hat zur Folge, dass viele Stadtbilder von unansehnlichen Gebäuden verschandelt werden. „Seitens des Ministeriums wurde nun versprochen, zur prüfen, ob Sonderregelungen geschaffen werden können, die bei extremen Härtefällen zur Anwendung kommen.“

Günther weiter: „Wichtig ist aus meiner Sicht auch, dass der Rückbau von Versorgungsleitungen gefördert wird. Anderenfalls würden in Gebieten, in denen die Bevölkerungszahl seit der Wende stark zurückging, die Nebenkosten ins Unermessliche steigen. Auch dadurch wird ja das Mieten von Wohnungen gerade in Ostdeutschland sehr teuer, die Vermieter bleiben auf ihren – zum Teil auch schon sanierten – Wohnungen sitzen. Eine Teufelsspirale.“ (2. 2. 2010)

Sportpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Sprecher der Landesgruppe Ost- und Mitteldeutschland der FDP-Fraktion
Stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung